**Deutscher Bundestag** **Drucksache 17/4228**

**17. Wahlperiode** 15. 12. 2010

# Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Dr. Martina Bunge, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Dr. Gesine Lötzsch, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann, Harald Weinberg und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
**– Drucksachen 17/3000, 17/4147 –**

## Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2010

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hat das Ziel aufgegeben, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland herzustellen. Auch deswegen gibt es 20 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit immer noch eine soziale und wirtschaftliche Spaltung zwischen Ost und West. Selbst im Verhältnis zu den strukturschwachen westdeutschen Ländern beträgt die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Länder nur 84 Prozent, insgesamt liegt das Verhältnis bei 73 Prozent.

Es ist unglaubwürdig, dass der Jahresbericht diese anhaltende Ost-West-Spaltung etwa hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, der Einkommenshöhe oder der Wirtschaftskraft allein mit einer vermeintlich desolaten Ausgangslage nach dem Mauerfall begründet. Genauso wenig überzeugend ist es, dass der Bericht den strikten Privatisierungskurs der Treuhandanstalt und die Zerschlagung der ostdeutschen Wirtschaft würdigt und gleichzeitig das Fehlen von Großunternehmen in Ostdeutschland beklagt. Es ist auch unverständlich, warum trotz der Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP noch immer kein einheitliches Rentenrecht eingeführt wurde und im Bericht hierzu keine Frist genannt wird. Ebenso wenig enthält der Bericht Angaben zu sozialen Themen wie Armut, von der die Ostdeutschen überproportional betroffen sind. Gewürdigt werden muss allerdings, dass im diesjährigen Bericht erstmals gute Erfahrungen aus der DDR anerkannt werden, auf die für die Umsetzung gesamtstaatlicher Vorhaben im Gesundheitsbereich zurückgegriffen wurde, beispielsweise bei der Einführung des Modellprojekts AGnES (Arzt entlastende, Gemeinde-nahe, E-Health-gestützte, Systemische Intervention) oder dem Infektionsschutz.

Insgesamt ist nicht zu erkennen, dass die Bundesregierung das Gefälle zwischen Ost und West verringern möchte. Stattdessen sind die Ostdeutschen oft besonders negativ von der Politik der Bundesregierung betroffen; beispielsweise wird mit dem Bundeshaushalt 2011 im Sozialbereich mehr als doppelt so stark in Ostdeutschland als in Westdeutschland gekürzt. Tatenlos bleibt die Bundesregierung nicht nur bei der Beseitigung noch bestehender Benachteiligungen der Menschen in Ostdeutschland, sondern auch hinsichtlich der Entwicklung von Zukunftskonzepten für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den kommenden 20 Jahren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Gesetzentwürfe zur Beendigung von noch bestehenden Benachteiligungen Ostdeutscher wie etwa beim Rentenrecht oder bei der Opferentschädigung vorzulegen,
2. eine Gesetzesfolgenabschätzung für Ostdeutschland einzuführen, die alle Vorhaben einer Prüfung ihrer Auswirkung auf Ostdeutschland und gegebenenfalls auf strukturschwache westdeutsche Regionen unterzieht und eine gerechte Verteilung von Steuergeldern ermöglicht und
3. den Erfahrungsvorsprung Ost vom Gesundheitsbereich auf andere Politikfelder wie das Niveau öffentlicher Kinderbetreuung oder die Erfahrungen mit einer Schrumpfung aufgrund des demographischen Wandels in sich ausdünnenden Gebieten auszudehnen, damit in allen Bundesländern von guten Erfahrungen Ostdeutschlands profitiert werden kann.

Berlin, den 15. Dezember 2010

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333